

Stellungnahme zur Bundestagswahl

Können klassenbewußte Kollegen SPD wählen?

Die Bundestagswahl 1976 steht im Zeichen der Wirtschaftsstockung und der wachsenden Krise aufgrund der Überproduktion. Darüber kann auch das Gerede von Regierung, Parteien und Wirtschaftsinstituten vom »Aufschwung« nicht hinwegtäuschen. Die Investitionen und Profite der Unternehmer wachsen an. Die Lage der arbeitenden Bevölkerung ist aber weiterhin gekennzeichnet durch Arbeitslosigkeit und Unsicherheit der Arbeitsplätze — trotz des oft beschworenen und auf dem Papier anerkannten »Rechtes auf Arbeit«¹ —, durch inflationäre Geldentwertung, steigende Preise, steigende Steuerlast und durch sinkenden Lebensstandard. Die Zukunft sieht trotz aller Schönfärberei von dafür bezahlten Machern der »öffentlichen Meinung« nicht rosig aus. Vor allem nicht für die Jugendlichen und die Schulentlassenen der kommenden Jahre. Die Möglichkeit, ins Berufsleben zu treten, wird immer schlechter, und die Perspektiven für ihr Leben werden immer düsterer.

Die Parteien, die im Bonner Parlament vertreten sind, erinnern sich stets einige Wochen vor der Wahl ihrer Wähler. Beim Druckerstreik in diesem Jahr sind sie nicht gekommen. Jetzt erklären sie in Wahlversammlungen und mit Aufrufen zum Stimmenfang übereinstimmend: Wenn sie nur gewählt würden und an die Regierungsposten kämen oder auf ihnen blieben, würden alle Mißstände beseitigt, die Anlaß zur Unzufriedenheit unter den Wählern geben. Der »Deutsche Gewerkschaftsbund« hat den Parteien zur Bundestagswahl »Prüfsteine« vorgelegt. In den Antworten soll sich zeigen, »ob und welche Kandidaten bereit sind, die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten«. Und siehe da, welche Einmütigkeit! Die »Gewerkschaftspost«²

schreibt: »Dreimal die Sechs, dreimal Zustimmung zu den gewerkschaftlichen Forderungen — diesen Eindruck könnte man bei oberflächlichem Lesen der Antworten der drei Parteivorsitzenden bekommen. Doch in Wirklichkeit gibt es doch einige wesentliche Unterschiede.« Diese jedoch zu erklären, vermeidet die »Gewerkschaftspost«.

Alle Bonner Parteien sind für die Vollbeschäftigung, für Reformen, (auch die CDU ist für Reformen — »aber sie müssen sinnvoll sein . . .«), für die Gleichberechtigung der Frauen (nur mit den gleichen Löhnen für die Kolleginnen hapert es da), für die Jugend müsse endlich etwas getan werden, für die Alten und Gebrechlichen (»die neue soziale Frage« Biedenkopfs) — kurzum wir gehen rosa Zeiten entgegen, wenn nur ein Bruchteil der Wahlversprechungen

aller Parteien erfüllt würde. Die Frage ergibt sich: was hat eigentlich die Bonner Parteien gehindert, die doch alle übereinstimmen, den Unzufriedenen Gutes tun zu wollen, es für die breiten Massen auch zu verwirklichen? Was ist da nach der Wahl anders als vor der Wahl, was uns glauben lassen könnte, daß die Wahlversprechungen auch verwirklicht werden können?

Wir wissen doch aus Erfahrung, daß die Parlamentarier in Bonn dann wieder ihren gewohnten »Geschäften« nachgehen, sich um ihre Diäten bemühen und wenig Zeit haben werden, sich ihrer Versprechungen von vor der Wahl zu entsinnen. Wenn das »Rennen« gelaufen ist, und das Gerangel um die Posten beginnt, dann gilt für sie das Wort: was interessiert mich mein dummes Geschwätz von gestern.

Können wir mit dem Stimmzettel Einfluß nehmen?

Einige Professoren, die sich dem linken Flügel der bundesrepublikanischen politischen Arena zurechnen, haben in einem Aufruf zur Wahl gemeint: »... In dieser Situation kommt es darauf an, auch durch die Wahlen den Weg für eine fortschrittliche Wende in der Politik zu öffnen . . .«. Sie empfehlen zu diesem Zweck die Stimmabgabe für die SPD, FDP oder DKP.

Wir glauben nicht an Wunder, erst recht nicht an Wunder per Stimmzettel. Wir warnen vor der Verbreitung derartiger Illusionen, daß durch die Stimmzettel irgendetwas an der gesellschaftlichen und politischen Misere in der BRD geändert werden könnte oder auch nur der fortschreitende politische und soziale Verfall aufgehalten werden könnte. Wahlen sind ein Gradmesser für das politische Bewußtsein der Wähler im allgemeinen und im besonderen für das Klassenbewußtseins unter der werktätigen Bevölkerung. Eine Art Barometer, an dem der gegenwärtige Zustand abgele-

sen werden kann, aber mit dem dieser Zustand genauso wenig verändert werden kann, wie mit dem Barometer das Wetter zu verändern ist. Die herrschende Klasse dagegen versucht, den arbeitenden Massen einzureden, es genüge, zur Wahl zu gehen, Abgeordnete zu wählen. Diese würden »demokratisch« die Interessen ihrer Wähler vertreten. Das sei Demokratie und Freiheit — und im übrigen möge der Bürger, besonders Arbeiter und Angestellte, dieses »Geschäft« den Politikern überlassen. In Wirklichkeit ist jedoch nicht entscheidend, was die Wähler wünschen, sondern welche Kraft sie aufbringen, um ihre Wünsche zu verwirklichen.

Dennoch stimmen wir dem obigen Aufruf der Professoren in einem Punkt zu, daß es notwendig ist, in der BRD eine fortschrittliche Wende herbeizuführen. Aber wie? Kann die Aktivität des Wahlkampfes und im Wahlkampf ein Mittel in dieser Richtung sein?

¹ Das »Recht auf Arbeit« steht z. B. in der Hessischen Landesverfassung.

² Organ der IG Chemie

CDU/CSU und Unternehmer in der Offensive

Die CDU/CSU führt einen offensiven Wahlkampf. Gleich ihnen sind auch die Unternehmer in der BRD auf der ganzen Linie in der Offensive gegen die Arbeiter und Angestellten. Während die CDU/CSU die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und deren politische Folgen der Regierungskoalition (im besonderen der SPD, unter Schonung der FDP als eventuellem Koalitionspartner) in die Schuhe schiebt, machen die deutschen Unternehmer die »hohen« Löhne, die zu »geringer« Arbeitsdisziplin verantwortlich für die »schlechten« Geschäfte, Betriebs-schließungen und Entlassungen. Der Aufschwung könne nur kommen, wenn für weniger Lohn mehr gearbeitet wird, jedenfalls ihrer Meinung nach. Jede ihrer demagogischen Parolen veranlaßt die SPD zum Zurückweichen, wobei die FDP als Zugpferd auf dem Wege nach rechts tätig ist. »Freiheit statt Sozialismus« – geben CDU/CSU als Losung zur Wahl aus. Freiheit wozu? Für die großen Unternehmer und die besitzenden Klassen, noch mehr Reichtum zu erwerben auf Kosten der breiten Massen. Freiheit, um ihre Klasseninteressen ohne Widerstand durchzusetzen zu können. Das ist auf der anderen Seite die »Freiheit« für die Arbeiter und Angestellten, für das Profitemachen überflüssig und entlassen zu werden. Der Sozialismus, den CDU und Unternehmer meinen und den sie nicht wollen, das ist heute der Widerstand der Werktätigen gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf ihren Rücken.

Wie sich das Bild in 30 Jahren gewandelt hat: Dieselben Vorkämpfer für »Freiheit und Demokratie«, die jetzt den Kampf gegen den Sozialismus auf ihre Fahnen schreiben, haben nach der Niederlage 1945 nichts dagegen gehabt, daß Kommunisten Lehrer und Beamte wurden, ja, sie haben sie sogar hereingeholt aus anderen Berufen, weil zu viele Beamte da waren, die sich bei den Nazis kompromittiert hatten, und weil sie doch den »demokratischen« Schein wahren wollten. Damals brauchten sie von den überlebenden Kommunisten und Sozialdemokraten »Persils-Scheine«, um ihre Weste wieder rein zu waschen. Damals waren sie für den »Sozialismus« (im Ahlener Programm der CDU), versprochen, daß sie in Deutschland niemals wieder mehr den »Herr-im-Hause«-Standpunkt herauskehren würden und baten, die Arbeiter sollten die zerstörten Betriebe wieder aufbauen.

Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Günter Kuhlmann, Admiralstr. 139, 2800 Bremen. Herstellung und Vertrieb: Margret Kuhlmann, Postfach 103 845, 2800 Bremen. Konten: Sparkasse in Bremen Nr. 1146 1423 und Postscheckkonto Hamburg 357994-205.

Um von ihrer Kriegsschuld abzulenken und die Werktätigen in Deutschland davon abzuhalten, im eigenen Haus aufzuräumen, machte die herrschende Klasse Versprechungen und respektierte die sozialdemokratischen Vertreter der Arbeiter, die sich ihnen zur Verfügung stellten, als »Sozialpartner«. Mit ihrer Hilfe sind die Unternehmer ökonomisch und politisch so stark geworden, daß sie in der heutigen Krise auf ihre bisherigen Sozialpartner keine Rücksicht mehr nehmen brauchen. Darauf beruht die Kampfansage der Unternehmer und der CDU/CSU gegen den »Sozialismus« der SPD.

Die reaktionären Kräfte bedienen sich dabei einiger Taschenspielertricks, die nicht neu sind, aber dennoch aufgezeigt werden müssen.

Für den kapitalistischen Wiederaufbau der von den Westmächten besetzten Teile Deutschlands mußten die deutschen Unternehmer den USA, England und Frankreich ihren besonderen Wert beweisen. Denn warum sonst sollten die USA, England und Frankreich den im Krieg gerade erst besieigten Konkurrenten wieder hochpöppeln? Sein Wert für die Westmächte lag darin, daß die BRD mit ihrer Hilfe zum entscheidenden Stützpunkt in Westeuropa gegen den Kommunismus jenseits der Elbe aufgebaut werden konnte. Mit aktiver Unterstützung der SPD haben sie die russische Besatzungspolitik als Kommunismus und Sozialismus hingestellt: So sehe der Kommunismus aus! Arbeiter, die in die DDR führen, um sich zu informieren, wurden hier verfolgt und bespitzelt in Betrieb, Gewerkschaft und Wohnung.

Die westdeutschen Unternehmer und ihre Handlanger verschwiegen, daß die Rote Armee nicht nach Deutschland kam, um die deutschen Arbeiter mit dem Kommunismus zu beglücken, sondern um die Armeen des deutschen Imperialismus und die wirtschaftliche Macht der deutschen Unternehmer, die sich politisch mit den Nazis verbündet, die SU ausgeplündert und zerstört hatten, militärisch zu schlagen.

Für dieses Ziel hatten die Bewohner der Sowjetunion die größten Opfer gebracht und die Zerstörung ihres Landes bis Stalingrad in Kauf nehmen müssen.

Um dem deutschen Imperialismus keine Zeit zu geben, sich zu erholen und mit dem Westen für einen neuen Kriegszug gen Osten zu verbünden, mußten sich die Russen auf die von den Westalliierten geforderte Besetzung Deutschlands einlassen. Die im Krieg geschlagene herrschende Klasse Deutschlands fürchtete die Abrechnung durch die deutschen Werktätigen. Deshalb begrüßte sie die Besetzung durch die USA und die anderen Westmächte. Mit gutem Grund sammelten sich fast alle führenden Nazis, Militärs, Unternehmer und Bankmagnaten in den westlichen Besatzungszonen. Sie wollten ihre Herrschaft mit Hilfe der westlichen Besatzungsmächte und unter ihrem Schutz wieder errichten. Weil im Westen der Kapitalismus wieder aufgebaut wurde, mußte die Rote Armee in dem von ihr besetzten Teil Deutschlands die herrschenden Klassen entmachten, um ihn nicht zu verlieren. Sie konnte sich dabei nicht auf die deutschen Arbeiter stützen und wendete daher die »sibirischen

Methoden« des russischen Aufbaus an. Das stieß die deutschen Werkstätigen ab.

Die deutsche Arbeiterklasse brauchte und braucht auch heute keine ausländischen Truppen und Besatzungen zu ihrem Schutz. Im Gegenteil, diese hinderten sie nach dem 2. Weltkrieg daran, mit den Unternehmern und ihren politischen Landsknechten von der NSDAP Abrechnung zu halten.

Die herrschende Klasse Deutschlands hat den Ersten und den Zweiten Weltkrieg zu verantworten, den sie für den »Platz an der Sonne« und für »Lebensraum« führte, weil sie Platz und Raum fürs Profitemachen brauchte, aber sie konnte bis heute nicht von den breiten Massen in Deutschland zur Verantwortung gezogen werden. Die herrschende Klasse hat zu verantworten, daß die Armeen der Kriegsgegner 1945 nach Deutschland kamen. Die deutschen Arbeiter mußten schon im 1. Weltkrieg und jetzt nach dem 2. Weltkrieg die Zeche bezahlen für die Taten der herrschenden Klasse, sowohl materiell wie physisch, weil sie 1919 und vor 1933 ihre herrschende Klasse nicht entmachteten.

Der »Sozialismus« der SPD

Ähnliche Damagogie wie mit dem »Kommunismus« in der DDR nach 1945 erleben wir jetzt mit dem »Sozialismus« der SPD. Die SPD hat in der Regierung nie sozialistische Politik und schon gar keinen Sozialismus gemacht, heute so wenig wie in der Weimarer Republik. Sie kann keine sozialistischen Maßnahmen unter kapitalistischen Verhältnissen durchführen, und sie will keinen Sozialismus (höchstens als literarische Ausschmückung für Felerstunden zur Ehrung alter Partei-Genossen). Sie will die bürgerliche Ordnung erhalten, eine bürgerliche Ordnung, in der Arbeiter und Angestellte mit den Unternehmern schiedlich-friedlich zusammenleben und darum bittstellen, daß ihnen auch einige Brosamen vom reichen Tisch der Unternehmergewinne zufallen mögen, mit der SPD und den Gewerkschaftsführern als beamtete Fürsprecher. Die sozialdemokratische Politik hat folgenden Inhalt: Die Massen sollen nicht aufässig werden, möglichst die Ketten, mit denen sie an das kapitalistische System geschmiedet sind, nicht fühlen, ihrer Arbeit als Lohnsklaven nachgehen zum Segen einer Gesellschaft, die nur eine Richtschnur hat: daß die Unternehmer in ständig wachsendem Maße Profite machen können.

In dieser Gesellschaft sollte nach sozialdemokratischer Auffassung jeder die Möglichkeit des Aufstiegs haben, um so wenigstens in der Illusion zu leben, daß man der eintönigen Arbeit irgendwie entrinnen und aufsteigen könne. Wenn schon nicht die Arbeiter und Angestellten selbst, dann sollten wenigstens ihre Kinder den Weg zum Aufstieg durch die Bildung gehen. Was ist aus dem Aufstieg für die Jugend geworden?

Die reformistisch-sozialdemokratischen Vorstellungen erweisen sich, kaum daß die Wirtschaftsstockung eingetreten ist, als Seifenblasen. Nichts ist einfacher für die CDU, als den Massen die gescheiterten kleinbürgerlichen Reformvorstellungen der SPD als »Sozialismus« hinzustellen. Aber in Wahrheit sind es nur die vergeblichen Versuche der Sozialdemokratie, den westdeutschen Kapitalismus,

den sie nach ihren Vorstellungen annehmbar machen will, zu retten. Dafür schuldet die herrschende Klasse ihr eigentlich Dank. Aber im Gegenteil: die Unzufriedenheit, die eine Folge bedrohter kleinbürgerlicher Illusionen ist, soll jetzt zur Erhaltung des Kapitalismus mobilisiert werden. Die SPD selbst ebnet der herrschenden Klasse wie in der Weimarer Republik den Weg, der ihr das ermöglicht. Die SPD wird nach getaner Hilfe als Lohn den Fußtritt bekommen.

Alle Parteien in Bonn (von CDU bis

Die Unternehmer beenden die Sozialpartnerschaft

Die Politik der SPD, die Politik der Sozialpartnerschaft, in der um einen Anteil am Gewinn der Unternehmer gebettelt und nicht mehr gekämpft wird, ging eine Reihe von Jahren gut. Die deutschen Unternehmer erholten sich mit ihrer Hilfe von der Kriegsniederlage (und mit der Hilfe der Gewerkschaften und des amerikanischen Kapitals). Die deutschen Unternehmer machten Milliardengewinne am Wiederaufbau nach dem Krieg, den sie selbst verschuldet und an dem sie gut verdient hatten.³

Die bürgerlichen Bedingungen des Wiederaufbaus des Kapitalismus in den westlichen Zonen als Vorposten gegen das sozialistische Lager erlaubten den westdeutschen Arbeitern und Angestellten eine kleinbürgerliche Lebensweise.

Nach der Vernichtung der Klassenbewegung durch den Faschismus entstanden auf Grund dieser Verhältnisse bei ihnen kleinbürgerliches Denken, Vorstellungen und Hoffnungen. Die Reste klassenbewußten und revolutionären Denkens wurden aus der Arbeiterbewegung verdrängt. Diese Arbeiter und Angestellten, vor allem die gewerkschaftlich organisierten, fanden ihre Interessenvertretung in der SPD und Gewerkschaftsführung, d. h. in deren Politik der Sozialpartnerschaft und des schiefehlich-friedlichen Zusammenlebens mit den Unternehmern. Die Unternehmer zeigten sich nicht »geizig«, denn die Gewinne stiegen; sie hatten alles Interesse, ihre Arbeiter bei guter Laune zu halten. Je »großzügiger« sie sich zeigten, desto besser liefen die Geschäfte.

Der Fisch beginnt am Kopf zu stinken

Nehmen wir die Karrieremacher, die sich der SPD anschlossen und das Parteibuch erwarben, um aufzusteigen. Wir wollen hier gar nicht von der Ämterpatronage, den seltsamen Geschäften und Beraterverträgen solcher Leute wie Wienand reden oder von denen, die um Staats- und Ministerposten mit entsprechender hoher Pension im Alter rangeln. Wir wollen hier auf die Vorgänge Anfang dieses Jahres in Niedersachsen verweisen, wo vermutlich sozialdemokratische Abgeordnete ihre eigene Regierung stürzten und einer CDU-Regierung den Weg geebnet haben, indem sie gegen ihre eigenen Regierungskandidaten stimmten. Nicht ohne Grund hat der neue

SPD) haben eine gemeinsame Grundlage: die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung. Jedoch wäre es falsch, daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, sie seien das gleiche. Für uns ist vor allem bedeutend, daß die SPD die im bürgerlichen Sumpf versinkende kleinbürgerliche Arbeiterpartei ist. Aus diesem Sumpf die Arbeiter und Angestellten herauszulösen, ist die historische Aufgabe. Denn ohne diese Arbeiter gibt es keinen Sieg über die kapitalistische Anarchie.

Heute ist der Aufstieg der kapitalistischen Wirtschaft nach dem 2. Weltkrieg vorbei; die Märkte sind gesättigt; die Überproduktion ist da, weil eine Ausdehnung der kapitalistischen Wirtschaft an Grenzen stößt; die Profitmöglichkeiten werden geringer, nicht aber der Zwang, Profite zu machen. Die kapitalistische Welt ist seit dem 2. Weltkrieg räumlich kleiner geworden durch den Verlust Chinas, Südostasiens und anderer Länder, mit denen sie zwar Handel treiben kann, aber dann in Kauf nehmen muß, daß der Handel zur beschleunigten Konsolidierung und Stärkung des sozialistischen Lagers führt.

Auch die Periode der Sozialpartnerschaft im Inneren der BRD geht zu Ende, und der Klassenkampf erscheint wieder auf der Bühne. Es sind die Unternehmer, die ihn beginnen und uns angreifen, weil sie versuchen müssen, die Folgen der Wirtschaftskrise auf die breiten Massen abzuwälzen. Die Sozialdemokratie und auch die sozialliberale Regierung sähen es am liebsten, wenn die alte Sozialpartnerschaft wiederherzustellen wäre. Sie sind bereit, den Unternehmern die gewünschten Zugeständnisse zu machen, Milliardenkredite für Investitionen, Steuervergünstigungen usw. zu geben, um den Niedergang aufzuhalten. Je mehr sie jedoch nach dieser Seite hin nachgeben, desto mehr enttäuschen sie ihre Wähler und desto mehr fordern die Unternehmer und ihre Parteien an Zugeständnissen. Je weniger sich die Massen dagegen zur Wehr setzen, desto mehr werden sie geschröpft. In diesem Gegensatz beginnt der Zerfall der Sozialdemokratie.

CDU-Ministerpräsident Albrecht einige der hohen Staatsbeamten trotz ihrer SPD-Zugehörigkeit in seine Regierungsdienste übernommen. Im Geheimen tragen manche bereits ein zweites Parteibuch in der Tasche, das zur Rückversicherung dienen soll, wenn das alte Parteibuch nicht mehr der Karriere nützlich ist. Da die Abgeordneten — nach kleinbürgerlich-sozialdemokratischen Auffassungen — nur ihrem »Gewissen« und nicht den Wählern verantwortlich zu sein haben, ergibt sich der groteske Zustand, daß dieselben Abgeordneten weiter in der SPD-Fraktion mit ihren anderen Kollegen zusammensitzen, beraten, sich informieren, obwohl sie deren Gegner unterstützen, bei ihnen schon Anschluß gefunden haben und heimliche Kontakte zu den — wie sie glauben — Siegern von morgen unterhalten.

Dieser Vorfall geht bis in die Parteispitze. Ein Beispiel für das Denken hoher sozialdemokratischer Funktionäre aus

dem Druckerstreik: Gegen die im Streik befindlichen Gewerkschaftskollegen der Auer-Druckerei der SPD in Hamburg wurde mit Hilfe von leitenden Angestellten (die auch in der Gewerkschaft sind) der Streikbruch organisiert. Man höre wie das Mitglied des Parteivorstands Dröschner, der Presseverantwortliche der SPD, dieses Verhalten »entschuldigt«: »Ich habe diese Notausgabe gebilligt, weil ich gehört hatte, die Konkurrenz kommt mit einer im Ausland gedruckten Zeitung heraus.« (Was nicht stimmt. Die Red.) »Ich habe aber gesagt, das geht nur, wenn das ein paar Genossen, die nicht im Streik drin sind, d. h. aus einer anderen Position heraus machen...« Das heißt, mit Hilfe außenstehender »Genossen« den streikenden Kollegen in den Rücken fallen, wie es die Unternehmer stets versucht haben. Daß Dröschner das Schändliche seines Verhaltens gar nicht mehr empfindet, zeigt den Grad der Versumpfung. (Das Zitat ist der Afa-Betriebszeitung der SPD »Auer-Echo« Nr. 6/7 entnommen.)⁴

Diese Politik zersetzt die Kampfkraft der Arbeiter, vor allem die gewerkschaftliche Aktivität, schon in ihren Anfängen. Ginge es bei der Wahl im Oktober nur um diese SPD-Führung, so müßte die Losung lauten: dieser SPD keine Stimme! Aber es geht um anderes und um mehr!

Das »demokratische« Mäntelchen der Unternehmerherrschaft reißt

Die Zersetzung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen der BRD-Gesellschaft hat ihre politischen Folgen: die von den westlichen Besatzungsmächten 1945 nach Deutschland gebrachte bürgerlich-demokratische Umerziehung erweist sich als hauchdünne Schicht, die bei den ersten Krisenerscheinungen, wo sie sich bewähren sollte, von den »Demokraten« selbst mit Füßen getreten wird. Das parlamentarische System in der BRD diente nicht nur der Verschleierung der Klassengegensätze vor den Werktätigen, sondern darüber hinaus sollte bei den Massen der übrigen europäischen Länder, die von der Nazi-Barbarei und den Taten des deutschen Imperialismus aufgewühlt waren, das Idyll vorgegaukelt werden, daß aus dem faschistischen Deutschland über Nacht 1945 durch die ausländische Besatzung ein »demokratisches« geworden sei — ohne Mitwirkung der Massen. Jetzt reiben sich sogar bürgerliche Beobachter im westlichen Ausland verwundert die Augen, wie unter der dünnen »demokratischen« Beschichtung der Polizeistaat hervorschaute.

Nachdem die deutschen Unternehmer und Finanzherren zur stärksten Macht in Westeuropa und zum wichtigsten Verbündeten der USA geworden sind, fordern sie auch den entsprechenden politischen Einfluß. Sie meinen, z. B. die Italiener dürften keine Kommunisten in die Regierung aufnehmen oder mit ihnen zusammenarbeiten, auch wenn die italienischen Massen anderer Meinung sind. Schmidt sprach es offen aus. Sie sagen,

³ Eine Zahl, um die Größenordnung zu veranschaulichen: von 1965 bis heute investierten die westdeutschen Unternehmer 40 Mrd. DM im Ausland. Diese Gelder sind von den Profiten hierzulande abgezweigt worden.

⁴ Zu den Vorgängen bei Auerdruck während des Streiks vgl. Arbeiterpolitik Nr. 4/76 »Der Beginn des Streiks bei Auer... und das Ende«.

dann würden sie ihnen den finanziellen Krieg erklären.

Zwar arbeiten immerhin Hunderttausende italienische Arbeiter in der BRD und verhelfen den deutschen Unternehmern zu Profiten, weil in Italien selbst die Lebensmöglichkeiten für sie fehlen, nicht zuletzt aufgrund der deutschen Wirtschaftskonkurrenz. Wer weiß, vielleicht ist die Zeit gar nicht so fern, daß sie fordern, in Italien, England, Frankreich und im übrigen Europa müßten auch Berufsverbote gegen kommunistische Lehrer, Beamte etc. nach westdeutsch-»demokratischem« Leitbild ausgesprochen werden. Nach westdeutschem Vorbild werden die gesellschaftlichen Probleme auf der ganzen Linie so gelöst: Nicht etwa die Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit, der wachsenden Kriminalität und der sonstigen Verfallserscheinungen in der Gesellschaft aufspüren und aus der Welt

schaffen, sondern nur die Folgen bekämpfen: Mit mehr Polizei, mehr Gefängnissen, mehr Justiz. Und weil das alles ja das Übel nicht an der Wurzel packen kann: die Forderung auf Wiedereinführung der Todesstrafe. Und das sind die Methoden, mit denen heute die Lehrstellen an Jugendliche vergeben werden: die für die Arbeit »Geeigneten« werden ausgewählt aus der Masse der zur Verfügung Stehenden, die Übriggebliebenen haben die Freiheit, überflüssig zu sein und werden aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Arbeitslose Junglehrer dürfen in Warenhäusern Kartoffelsalat einfüllen, Abiturienten Pfandflaschen sortieren. Wer kein Abitur oder mindestens die mittlere Reife hat, ist sowieso bei der Vergabe von Lehrstellen benachteiligt, und wer physisch und psychisch nicht den höchsten Anforderungen der Unternehmer entspricht, hat keine Da-

seinsberechtigung. Wer so zum Stehlen gezwungen wird oder gar sich widersetzt, bei dem muß die »Sicherheit« durch Gefängnisse wieder hergestellt werden.

Wenn das nicht durchschlägt, auf Widerstand stößt in Europa, wie weit sind wir dann noch davon entfernt, daß Nato-Armeen (unter westdeutscher Führung, die schon jetzt die stärkste Militärmacht Europas stellt) in Europa wieder »Ordnung« schaffen?

So strebt die deutsche Gesellschaft wieder dem kritischen Punkt zu, wo die Frage steht: Auf welcher Seite stehen die deutschen werktätigen Massen? Auf der Seite derer, die diese kapitalistische Anarchie aufrechterhalten wollen, wenn nötig mit Militär und Polizeiterror oder auf der Seite derjenigen, die für die Befreiung von der kapitalistischen Anarchie eintreten.

Wohin wenden sich die von der Sozialdemokratie enttäuschten Arbeiter?

Wenn wir die Zersetzung der Sozialdemokratie betrachten, so haben wir erst eine Seite untersucht. Die andere — weit wichtigere für uns — ist die Enttäuschung, die sich unter den sozialdemokratisch wählenden Arbeitern und Angestellten in dem Maße ausbreitet, in dem die kleinbürgerlichen Vorstellungen zerfallen müssen. Wir dürfen uns dabei keinen Illusionen hingeben, denn unsere Tätigkeit muß von der Wirklichkeit ausgehen, die wir verändern wollen: die Masse der deutschen Werktätigen steht dem Kommunismus feindlich, ablehnend oder gleichgültig gegenüber.

Diese Tatsache ist Ergebnis einer langen Entwicklung in Deutschland, in der die Kommunisten ihren einstigen Masseneinfluß in der deutschen Arbeiterklasse verloren haben. Dabei waren objektive Gründe und eigene Fehler ausschlaggebend.

Masseneinfluß und Vertrauen hatten sich die deutschen Kommunisten erstmals erworben, als die SPD und die Gewerkschaftsführung 1914 in die Reihen der »Vaterlandsverteidiger« unter Kaiser Wilhelm II., d. h. der Verteidiger der herrschenden Ordnung, überliefen. Die **revolutionären** Sozialdemokraten unter Liebknechts, Luxemburgs und Mehrings Führung sammelten die Kriegsgegner und die klassenbewußten Arbeiter unter großen Opfern um sich. Aus ihnen entstand 1919 in der Revolution die KPD.

Der Einfluß der KPD konnte zwar 1919 nicht die Revolution gegen die herrschende Klasse und die Reichswehr im Bunde mit der Sozialdemokratie und Gewerkschaftsführung zum Siege führen, aber er reichte, um bis 1923 in den Gewerkschaften unter den Massen der Gewerkschaftsmitglieder immer mehr Vertrauen zu gewinnen. Die sozialdemokratischen Versuche und Vorstellungen, in den Grenzen der bürgerlichen Ordnung die Arbeiterinteressen erfolgreich vertreten zu können — wie in der Periode der Ausbreitung des Weltkapitalismus vor dem 1. Weltkrieg — waren am Ende. Die Erfolge, die in der Revolution von 1919 erreicht wurden, waren Konzessionen der deutschen Unternehmer und der bürgerlichen Ordnung, die verhindern sollten, daß die deutschen Arbeiter in immer größeren Umfang unter den Einfluß der Kommunisten geraten würden. Nachdem diese Gefahr gebannt war,

wurden diese Errungenschaften in der Weimarer Republik stetig abgebaut.

Die Kommunisten begingen schwere Fehler, als sie Ende der 20er Jahre eine Politik eigener Gewerkschaftsverbände (RGO) verfolgten und versuchten, SPD und sozialdemokratische Arbeiter totzuschimpfen (als Sozialfaschisten), anstatt sie anhand ihrer eigenen Erfahrungen zu überzeugen von der Richtigkeit des revolutionären Weges. Sie trugen so mit zur Niederlage von 1933 bei.

Der illegale Widerstand vieler Kommunisten gegen den Nationalsozialismus, im Gegensatz zur feigen Kapitulation der ADGB-Führung vor den Nazis am 1. Mai 1933, schaffte erneut bei den klassenbewußten Arbeitern Vertrauen, besonders da die illegal wirkenden Arbeiter und Angestellten auf sich selbst gestellt mit den nichtkommunistischen, aber antifaschistischen Arbeitern zusammenarbeiteten und Lehren aus der Niederlage von 1933 gezogen hatten.

Die Politik der KPD nach der Naziniederlage von 1945 — auf der einen Seite stellte sie sich im Osten der Besatzungsmacht kritiklos zur Verfügung, auf der anderen Seite arbeitete sie im Westen mit den kapitalistischen Besatzungsmächten zusammen und trat in deren Regierungen ein — zerstörte wiederum das, was vorher geschaffen war.

Den Weg ebnen für den gemeinsamen Widerstand

Die Entwicklung des Kampfes richtet sich nicht nach unseren Wünschen. Um die Entwicklung der Widerstandskraft der Arbeiterklasse zu fördern, können wir als politische Gruppe uns unter den gegenwärtigen Bedingungen nur darum bemühen, mit aller Sorgfalt und Verantwortung die vor uns stehenden takti-

Der Aufbau der DDR unter Anwendung russischer Methoden und ohne bzw. gegen die Massen der dortigen Werktätigen bewirkte vollends, daß sich im Weltbild der deutschen Arbeiter die Ansicht bildete: der Kommunismus ist kein Ausweg.

Der Sozialismus und Kommunismus, den die Massen heute nicht wollen oder oft sogar hassen, ist aber der wirkliche Ausweg. Ohne die Bereitschaft der Massen, für eine Änderung der Gesellschaft in dieser Richtung zu kämpfen, gibt es keine Wende zum Fortschritt, sondern nur eine Lösung der Widersprüche durch erneuten Rückschritt in eine Periode der Barbarei, ähnlich wie nach 1933.

Diesen Ausweg können wir ihnen nicht durch abstrakte Propaganda näherbringen. Es muß ihnen Schritt für Schritt zur materiellen Notwendigkeit werden. Im Zerfallsprozeß dieser Gesellschaft müssen wir bei den Massen bleiben und ihnen — soweit der Boden aufnahmefähig ist — die gesellschaftlichen Zusammenhänge erklären. Da, wo sich erster Widerstand regt, müssen wir alles tun, ihn zu unterstützen, ihm Halt zu geben und dabei diejenigen zusammenführen und sammeln, die zum Widerstand bereit sind. Nur wenn aus diesen Anfängen wieder eine Kraft entsteht, kann auch die gesellschaftliche Entwicklung nach vorn geführt werden.

schon Fragen zu lösen, damit den wenigen kommunistischen Arbeitern die Verbindung zur Masse der Arbeiterklasse nicht noch mehr erschwert wird. In diesem Zusammenhang hat unsere Stellungnahme zu den kommenden Bundestagswahlen ihre Bedeutung:

Alle bürgerlichen Parteien, auch die

Erfahrungen in der Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit

1,50 DM

Bestellungen bei:

Margret Kuhlmann, Postfach 10 38 45, 2800 Bremen

SPD, verfolgen das Ziel, den Graben zwischen der Arbeiterklasse und den wenigen Kommunisten in der BRD zu vertiefen, ihn unüberbrückbar zu machen für diejenigen Arbeiter und Angestellten, die durch die Erfahrungen des wirtschaftlichen und politischen Niedergangs aufnahmefähig werden für klassenbewußtes, und das heißt, kommunistisches Denken und Handeln. Dem müssen wir entgegenwirken, wo und wie wir nur können.

Für uns kann die Stimmabgabe keine Frage von Grundsätzen oder von Moral sein. Ob wir unter bestimmten Bedingungen für die Wahl von Sozialdemokraten oder Kleinbürgern eintreten können und sie unter anderen Bedingungen, Umständen ablehnen müssen, ist eine taktische Frage. Wenn wir sagen, Taktik, dann heißt das nicht etwa Täuschung oder Betrug. Taktik umfaßt die Mittel, die wir heute ergreifen müssen, um unter den bestehenden Umständen den Weg zum Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse aus kapitalistischer Abhängigkeit zu ebnen. Dabei gilt folgendes: *»Über Taktik kann man streiten, es ist jedoch dabei notwendig, mit vollkommener Klarheit vorzugehen . . . Die Partei der kämpfenden Klasse darf in allen Diskussionen die Notwendigkeit unserer politischen Einstellung nicht aus dem Auge verlieren. Antworten dürfen nicht zwei verschiedene Auslegungen zulassen: ja oder nein, sollen wir dies jetzt in diesem Moment tun oder nicht?«* (Lenin)⁵.

Es gibt Leute, die sagen, man müsse sozialdemokratisch wählen, denn es sei gut, wenn die SPD sich abwirtschaftet. Wir halten diese Argumentation für falsch, denn das »Abwirtschaften der SPD« ist ein objektiver Prozeß, der ohne unser Zutun vor sich geht, eine Folge des Verfalls der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung. Wir dürfen nicht einmal bei unseren Kollegen den Eindruck erwecken, als ob wir zu dem Abwirtschaften der SPD beitragen könnten, weil wir der SPD-Führung damit die Möglichkeit zuspähen würden, uns ihr Abwirtschaften in die Schuhe zu schieben und so den Graben zwischen der Masse nichtkommunistischer Arbeiter zu den wenigen Kommunisten zu vertiefen. Um im Kampf die Notwendigkeit des Kommunismus beweisen zu können, dürfen wir uns nicht schon vor den unvermeidlichen Klassenauseinandersetzung ins Abseits bei den Kollegen manövrieren. Die geschichtliche Aufgabe liegt darin: aus dem objektiv unvermeidlichen Zerfallsprozeß sozialdemokratisch-reformistischer Politik mit den Massen, die mit dieser Politik in Widerspruch kommen müssen, den Weg zum Sozialismus zu bahnen.

Taktisch falsches Verhalten **erschwert** die Erfüllung dieser Aufgabe, taktisch richtiges Verhalten dient der **Erleichterung** und Förderung dieser Aufgabe, nicht mehr und nicht weniger. Ein Beispiel: Wer heute in den Gewerkschafts- oder SPD-Versammlungen die Frage der Niederlage 1933 oder der Kapitulation der deutschen Gewerkschaftsführung vor den Nazis 1933 anschneldet, der bekommt noch über 40 Jahre danach zu hören: Die Kommunisten haben daran schuld, sie haben die Gewerkschaften bekämpft und gespal-

»Die deutschen Kommunisten sind Kommunisten, weil sie durch alle Zwischenstationen und Kompromisse, die nicht von ihnen, sondern von der geschichtlichen Entwicklung geschaffen werden, das Endziel klar hindurchsehen: die Abschaffung der Klassen, die Errichtung einer Gesellschaft, worin kein Privateigentum an der Erde und an den Produktionsmitteln mehr existiert.« 26. 6. 1874, Friedrich Engels.

ten, sie haben die Sozialdemokraten als Sozialfaschisten beschimpft und haben mit den Feinden von rechts (u. a. beim Berliner Verkehrsarbeiterstreik 1932) gegen die SPD zusammengearbeitet. Das ist, wenn man es genau untersucht, eine oberflächliche und deshalb falsche Geschichtsbetrachtung. Die SPD hat schon 1919 die soziale Revolution niedergeschlagen im Bunde mit der herrschenden Klasse Deutschlands und deren militärischen Organen. Hätte 1919 die soziale Revolution gesiegt, hätte es 1933 keinen Faschismus mehr in Deutschland geben können. Die SPD (und mit ihr die Gewerkschaftsführung) wollte in Weimar die bürgerliche Ordnung erhalten, sie hat alle Opfer, bis zur Selbsterniedrigung, die nur möglich sind, für diesen Zweck erbracht. Die Grundlage der Gewerkschaften und der SPD wurden so zerstört, sie hat dem Lohnabbau und den Riesen-subsidien an die »notleidenden« Unternehmer zugestimmt, bis sie ihr Ansehen bei den Massen verspielt hatte. Und als die Nazis kapitulationswillige Gewerkschafts- und Parteiführer absetzen und den enttäuschten Massen vor die Füße warfen, rührte sich keine Hand mehr zu ihrer Verteidigung. Die Führung mußte schließlich kapitulieren vor den Nazis, weil sie die soziale Veränderung der Grundlagen der Gesellschaft nicht gewollt hatte. Der Kampf gegen den Faschismus konnte nur geführt werden als Kampf gegen die kapitalistische Ordnung überhaupt. An die Stelle der ausgebliebenen sozialen Revolution und des Sozialismus trat der Ersatz: der National-»Sozialismus« der herrschenden Klasse mit den bekannten Folgen. Die Kommunisten haben 1933 nicht vermocht, ihre historische Aufgabe, die Gewinnung der gewerkschaftlich organisierten, nicht kommunistischen Arbeiter und Angestellten für die soziale Revolution, zu erfüllen. Sie haben es im Gegenteil der Sozialdemokratie leicht gemacht, die Ursachen des Zusammenbruchs zu verwischen und die Kommunisten als die Ursache hinzustellen. — Dieses Beispiel zeigt, wie taktische Fehler der Kommunisten zur Bildung von Legenden dienen, die unter den Arbeitern verbreitet werden, um die wirklichen Ursachen zu verschleiern.

Wäre die Stimmabgabe für die DKP ein Mittel, um in fortschrittlicher Richtung zu wirken, wir würden keinen Augenblick zögern, trotz aller Meinungsverschiedenheiten mit ihr zur Wahl der DKP aufzurufen. Schon deshalb, weil die Arbeiter und Angestellten, die dieser Partei heute angehören, und die in den letzten Jahren aus Enttäuschung über die SPD ihr beitraten, ihr nicht aus Gründen des *Karrieremachens* angehören, wie es bei vielen sozialdemokratischen Partei- und Staatsbeamten der Fall ist, und weil wir oft DKP-Kollegen kennengelernt haben, die zur Zusammenarbeit mit uns für die Interessen der Arbeiter bereit sind und sich eingesetzt haben. Aber auch die DKP ist eine kleine Minderheit, und um der Sache der Arbeiterklasse in dem

jetzigen Zerfallsprozeß der Gesellschaft dienen zu können, müssen wir die Arbeiter und Angestellten für unsere Sache gewinnen, die beginnen zu zweifeln und zu fragen, wie soll es weitergehen, und die nicht bereit sind, ihre Unzufriedenheit dadurch auszudrücken, daß sie ihre Stimme der CDU/CSU geben.

Es besteht bei dieser Wahl keine Aussicht, daß die DKP die 5-Prozent-Grenze überschreitet. Aber es besteht die Möglichkeit, daß der SPD zusammen mit der FDP wenige Stimmprozente fehlen könnten, um weiter an der Regierung zu bleiben.⁶ Deshalb werden die SPD-Arbeiterwähler die Stimmen für sogenannte »linke Alternativen« als verlorene Stimmen betrachten. Die Beteiligung der verschiedenen Gruppen, die sich für links halten, mit eigenen Listen, wird der Sache der sozialistischen Bewegung in der BRD nicht nützlich sein, sondern schaden.

Es besteht sogar die Gefahr, daß bei einer knappen SPD-Niederlage unsere Gegner eine neue Legende erfinden: daß die Zersplitterung der Arbeiterstimmen durch die Wahllisten der Kommunisten daran schuld sei, daß die SPD ihre Politik im Interesse der Arbeiter und Angestellten nicht fortführen könne. Da die Belastungen für die breiten Massen nach der Wahl noch steigen werden — gleichgültig, welche Regierung es dann geben wird —, würde dieser Darstellung bei den Massen Anklang finden und erneut den Graben zu uns vertiefen.

Aus dieser Erkenntnis heraus fordern wir alle Kollegen, die mit uns der Arbeiterbewegung in der BRD dienen wollen, zur Stimmabgabe für die SPD auf. Nicht weil wir die SPD für das »kleinere Übel« halten oder weil wir glauben, damit den Niedergang der SPD aufhalten zu können. Wir wollen nicht, daß der Graben zwischen ihnen und uns noch weiter vertieft wird. Wir wollen nach der Wahl mit ihnen ohne Vorbelastung zur gemeinsamen Abwehr der Unternehmergriffe zusammenarbeiten.

⁶ Wir wissen, daß viele Anhänger der DKP deswegen im Zweifel sind. Das Problem ist auch der DKP-Führung bekannt. In der »UZ« vom 13.8.1976 setzt sie sich mit der Frage auseinander: *»Muß man nicht wegen des zu erwartenden Kopf-an-Kopf-Rennens SPD wählen, wenn man die CDU nicht an die Regierung lassen will?«* Sie ist in ihrer Antwort aber nicht in der Lage, über ihren eigenen Schatten zu springen — trotz der sonst immer wieder beschworenen Aktions-einheit von Kommunisten und Sozialdemokraten. Für sie steckt hinter dem Kopf-an-Kopf-Rennen nur *»die unverkennbare Alternative, auf die DKP, zu orientieren.«* Wenn der SPD Stimmen fehlten, dann habe sie das ihrer Politik zuzuschreiben. Die Stimmen, die tatsächlich fehlen würden, seien die *»Stimmen einer starken DKP-Fraktion«* im Bundestag. Mit solchem Wunschenken kann man zwar der Antwort ausweichen, aber sicher nicht die berechtigten Zweifel an der Aufstellung eigener linker Listen ausräumen. Müßte nicht gerade der Wunsch nach Aktionseinheit zu einer taktischen Haltung führen, die wenigstens die Vorbedingungen dafür schafft?

⁵ Lenin, streitet über die Taktik, Aber gibt klare Antworten, in: *Werke Bd. 9, Seite 257, Berlin (DDR) 1971.*

Ein Diskussionsbeitrag zur Bundestagswahl

Die Gruppe Arbeiterpolitik hat die Freunde und Leser zu Aussprachen über die Stellung zur Bundestagswahl aufgefordert, die in verschiedenen Städten stattgefunden und ihren schriftlichen Niederschlag gefunden haben. Wir möchten hier aus diesen Beiträgen einen veröffentlichen, der uns von Kieler Freunden zugesandt wurde.

Im März 1850 veröffentlichte die Zentralbehörde (des Bundes der Kommunisten) unter Leitung von Marx und Engels eine »Ansprache an den Bund«¹, in der unter anderem gesagt wird: »... Das Proletariat muß dafür sorgen: ... daß überall neben den bürgerlichen demokratischen Kandidaten Arbeiterkandidaten aufgestellt werden, die möglichst aus Bundesmitgliedern bestehen müssen und deren Wahl mit allen möglichen Mitteln zu betreiben ist. Selbst da, wo gar keine Aussicht zu ihrer Durchführung vorhanden ist, müssen die Arbeiter ihre eigenen Kandidaten aufstellen, um ihre Selbständigkeit zu bewahren, ihre Kräfte zu zählen, ihre revolutionäre Stellung und Parteistandpunkte vor die Öffentlichkeit zu bringen. Sie dürfen sich hierbei nicht durch die Redensarten der Demokraten bestechen lassen, wie z. B., dadurch spalte man die demokratische Partei und gebe der Reaktion die Möglichkeit zum

Siege. Bei allen solchen Phrasen kommt es schließlich darauf hinaus, daß das Proletariat geprellt werden soll. Die Fortschritte, die die proletarische Partei durch ein solches unabhängiges Auftreten machen muß, sind unendlich wichtiger als der Nachteil, den die Gegenwart einiger Reaktionen in der Vertretung erzeugen könnte ...»

Auf den ersten Blick scheint das, was der Bund vor 125 Jahren schrieb, in Widerspruch zu unserer Auffassung zu stehen, daß für eine Teilnahme der Kommunisten in der BRD mit selbständigen Wahllisten zur Zeit keine Voraussetzungen bestehen. Unter anderen als den heute bestehenden Voraussetzungen muß die taktische Einstellung der Kommunisten natürlich anders entschieden werden. Voraussetzung ist stets die Erforschung der konkreten Umstände.

Die obenerwähnte Ansprache beginnt mit einer Schilderung der konkreten Verhältnisse der proletarischen Bewegung vor 125 Jahren. Es heißt dort: »In den beiden Revolutionsjahren 1848/1849 hat sich der Bund in doppelter Hinsicht bewährt; einmal dadurch, daß seine Mitglieder an allen Orten energisch in die Bewegung eingriffen, daß sie in der Presse auf den Barrikaden und Schlachtfeldern voranstanden, in den Reihen der allein entschieden revolutionären Klasse des Proletariats ... Wir sagten euch, Brüder, schon im Jahre 1848, daß die deutschen liberalen Bourgeois bald zur Herrschaft kommen und ihre neu errun-

gene Macht sofort gegen die Arbeiter kehren würden. Ihr habt gesehen, wie dies in Erfüllung gegangen ist ...»

Vor 125 Jahren war die deutsche Bourgeoisie selbst noch revolutionär gegenüber den feudalen Klassen. Das Proletariat kämpfte an der Seite der revolutionären Bourgeoisie in der Revolution von 1848. Marx und Engels empfahlen den revolutionären Proletariern, sich möglichst schnell von der Bourgeoisie politisch und organisatorisch loszulösen, weil deren Verrat gegenüber dem revolutionären Proletariat nahe bevorstand. Dem kämpfenden Proletariat wurde die Schaffung einer selbständigen Arbeiterbewegung empfohlen. Dies war eine Vorstufe zu der später entstandenen sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Heute steht weder die Frage der Loslösung des Proletariats von einer revolutionären Bourgeoisie noch kann von einem revolutionär kämpfenden Proletariat, nicht einmal von einem klassenbewußten in der BRD gesprochen werden. Wenn diese Bedingungen geschaffen sind (und die objektiven Verhältnisse werden sich ohne Zweifel in dieser Richtung entwickeln, auch in der BRD) und die kommunistische Bewegung ihren augenblicklichen von den Massen isolierten Zustand überwunden hat, wird das taktische Verhalten der Kommunisten auch ein anderes als 1850, aber auch ein anderes als 1976 sein müssen. Jetzt müssen erst die Voraussetzungen geschaffen werden, damit klassenbewußtes Denken und Handeln wieder an die Stelle des politischen Desinteresses tritt.

¹ Karl Marx/Friedrich Engels, Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850, in: MEW, Band 7, S. 244 ff, Berlin (DDR) 1969.

Veröffentlichungen der Gruppe Arbeiterpolitik

- | | | |
|----------------------------|--|---------|
| August Thalheimer | Die Potsdamer Beschlüsse
<i>Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem Zweiten Weltkrieg, 1945, 32 Seiten</i> | 1,50 DM |
| | Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg
<i>1946, 27 Seiten</i> | 1,50 DM |
| | Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?
<i>1932, 34 Seiten</i> | 1,50 DM |
| | Einführung in den dialektischen Materialismus
<i>Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, 185 Seiten</i> | 6,— DM |
| Waldemar Bolze | Der Weg der Gewerkschaften
<i>181 Seiten</i> | 6,— DM |
| Heinrich Brandler
u. a. | Zur weltpolitischen Lage
<i>Artikel aus der „Arbeiterpolitik“, Jahrgänge 1965/67</i> | 3,— DM |

Bestellungen bei: Margret Kuhlmann, Postfach 10 38 45, 2800 Bremen